## Fuldaer Zeitung

Ausgabe vom 12. November

## **KOLUMNE**

## Auf der Strecke bleibt die Glaubwürdigkeit

"Jeder muss von einer Vollzeitbeschäftigung leben können, ohne ergänzende Unterstützung." Wer wollte dieser Aussage widersprechen. Um dieses Ziel zu erreichen, schließt sich die Union der Vorstellung an, dass dafür am besten eine Lohnuntergrenze geeignet sei. Die Opposition von Grün über Rot bis Dunkelrot nennt es lieber "Mindestlohn". Die Unterschiede liegen nur in spitzfindigen Details.

Freund und Feind der Union reiben sich verdutzt die Augen. Jahrelang war die Ablehnung des gesetzli-

chen Mindestlohns für die Christdemokraten ein Markenzeichen. Für die Partei Ludwig Erhards war dies ein Verstoß gegen die soziale Marktwirtschaft, ein absolutes Tabu. Die Opposition wittert daher mit Recht in dem Sinneswandel einen taktischen Winkelzug, damit dieses populistische Thema aus dem Wahlkampf herausgehalten wird. Aber das

wird eh nicht gelingen. Denn gibt es erst einmal einen Mindestlohn, dann beginnt der Dauerstreit über seine Höhe. Schon jetzt sind die Parteien dabei, sich gegenseitig zu überbieten nach dem Motto: Darf es noch ein bisschen mehr sein? Genau darin liegt der Unfug einer Lohnuntergrenze oder wie immer dieser Markteingriff genannt wird.

Wie hoch muss eigentlich der Mindestlohn sein, damit er einen Vollzeitbeschäftigten ernährt? Wird sein Familienstand berücksichtigt oder nicht. Ein Alleinstehender braucht selbstverständlich weniger als ein Familienvater. Und wie soll das ausgeglichen werden?

Der Staat ist bei uns weitgehend dafür verantwortlich, wie hoch die Lebenshaltungskosten sind. Die Tarifparteien können aushandeln, was sie wollen. Aber wenn dann die jeweilige Regierung die Preise für die unabdingbaren Produkte erhöht, nützt der gerade gültige Mindestlohn gar nichts. Er reicht dann wieder nicht zum Leben ohne Staatshilfe.

Eine dreiprozentige Mehrwertsteuererhöhung; eine Energiepolitik, die die Stromkosten für den kleinen Mann in die Höhe treibt; Erhöhung der Versicherungssteuer; Erhöhung der Krankenkassengebühren und Arzneimittelzuzahlungen; Verteuerung der Fern-

sehgebühren; Anstieg der Mobilitätskosten usw. - der Staat ist der größte Preistreiber der Republik. Und jetzt dieses Totschlagargument, dass es einfach unethisch ist, wenn der Arbeiter nicht mit seinem Lohn zurechtkommt.

Wie soll das weitergehen: Immer, wenn der Staat die Lebenshaltungskosten in die Höhe schraubt, wird dann auch der Mindestlohn erhöht? Wir haben dann nicht mehr nur eine Debatte um die "menschenwürdige" Hartz-IV-Höhe, sondern auch um den ethischen

Mindestlohn.

Die Alternative ist eine Wirtschaftspolitik der Vollbeschäftigung, so wie wir sie unter Ludwig Er-

hard erleben durften. Der Wert der Arbeit wird sich am besten durch Angebot und Nachfrage einpendeln, wozu die Tarifvertragspartner einen wichtigen Beitrag leisten können. Zurzeit suchen die Arbeitgeber händeringend nach Facharbeitern. Das wird Auswirkungen auf die

Löhne haben. Das Gros der Arbeitslosen und schlecht Bezahlten ist gering qualifiziert. Hier hilft Weiterbildung. Vor allem aber darf nicht erlaubt werden, dass in diesen Sektor weiter Ausländer einwandern. Unqualifizierte gibt es hunderte Millionen auf der Welt. Und was im Überfluss vorhanden ist, hat keinen Wert, ist billig zu haben. Den Fehler haben wir schon bei der ersten Einwanderungswelle gemacht.

Für die Arbeitgeber aber, die Schwächen unseres Arbeitsmarktes ausnutzen, sollte das Gesetz über sittenwidrige Löhne ergänzt und dann auch streng angewendet werden.

Doch von all dem ist in den Anträgen des CDU-Parteitages nichts zu lesen. Dafür viele wohlfeile Sprüche, moraltriefende populistische Erregung und Unkenntnis über die Funktion des Marktes.

Auf der Strecke bleibt auch die Glaubwürdigkeit. Entweder haben die heutigen Unionsgranden bisher Unfug gepredigt, als sie vehement gegen einen Mindestlohn waren, oder das, was sie jetzt wollen, ist falsch. Oder aber: Die Union ist eine Partei, die halt etwas länger braucht, bis sie die rot-grünen Inhalte kapiert.

